

## **Emanzipation durch Entwicklungspolitik? Einige Überlegungen zu Fragen globaler Ungleichheit**

Daniel Bendix\* und Aram Ziai\*\*

### **Zusammenfassung**

*Seit es Entwicklungspolitik gibt, sieht sich diese mannigfaltiger Kritik ausgesetzt. Im Gegensatz zu anderen kritischen Sichtweisen geht es Post-Development-Ansätzen um die Infragestellung von Entwicklungspolitik an sich. Anstatt also vor allem Misserfolge und Mängel in den Blick zu nehmen, kritisieren Post-Development-Autor\*innen Entwicklungspolitik auch in Fällen, in denen sie nach eigenen Maßstäben erfolgreich ist, und zwar u.a. mit dem Verweis auf die Reproduktion kolonialen Denkens, der Ausklammerung des problematischen Gesellschaftsmodells des Nordens, der Etablierung von Herrschaftsverhältnissen, der zerstörerischen Wirkung von Entwicklungshilfeprojekten und Modernisierung sowie der Reduktion eines guten Lebens auf sozioökonomische Indikatoren. Eine Politik, die globale sozioökonomische Ungleichheit als Problem sieht, ohne die Post-Development-Kritik zu ignorieren, muss sich der Frage stellen, wie eine solche auf der Grundlage der Reflexion und Umgehung der skizzierten problematischen Strukturen traditioneller Entwicklungszusammenarbeit aussehen kann. Dies führt dieser Beitrag aus.*

**Schlagwörter:** Entwicklungspolitik, Emanzipation, Post-Development, Postkolonialismus, globale Ungleichheit

### **Emancipation through Development Policy? Reflections on Questions of Global Inequality**

#### **Abstract**

*Development policy has since long been the object of critique. However, the quality of criticism has reached new heights with Post-Development approaches' fundamental questioning of development policy as such, which bypasses the common concerns about failures, defects and deficits. Perspectives building on Post-Development also challenge development policy in cases in which it was successful by pointing to inter alia the reproduction of colonial thinking, the disregard of the problematic way of life in the North, the establishment of power relations, the destructive effects of development aid projects and modernisation, and the restriction of a good life to socio-economic indicators. A policy that regards socio-economic inequality to be a problem but that does not wish to ignore Post-Development critique has to address the question of what it might look like on the basis of a reflection and circumvention of the mentioned problematic structures of traditional development cooperation. Such a task is explicated by this paper.*

**Keywords:** development policy, emancipation, post-development, postcolonialism, global inequality

---

\* Daniel Bendix (Hauptansprechpartner), Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien, Universität Kassel, [d.bendix@uni-kassel.de](mailto:d.bendix@uni-kassel.de)

\*\* Aram Ziai, Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien, Universität Kassel, [ziai@uni-kassel.de](mailto:ziai@uni-kassel.de)

## 1. Einleitung

Der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Dirk Messner (2015), machte kürzlich als ein zentrales Merkmal der Entwicklungspolitik „westliche Arroganz“ aus:

*Der Westen gibt seit 50 Jahren das Geld. Er bestimmt daher [sic] welche Konzepte umgesetzt werden, was richtig oder falsch ist. Viele Akteure in Entwicklungsländern fühlen sich zu Bittstellern und Almosenempfängern degradiert.*

Selbst in regierungsberatenden Institutionen wie dem DIE herrscht demnach eine Position vor, die Entwicklungspolitik stark kritisiert. Gleichzeitig wird diese fortgeführt, und das DIE selbst hat sich bis dato weder abgeschafft noch seinen Namen geändert. Auch der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der BRD (BMZ), Gerd Müller, stellt sich die Frage, wie heutzutage progressive internationale Zusammenarbeit möglich ist und spricht von „Kooperation auf Augenhöhe“. Bis in die Entscheidungszentren stellt man sich also der Herausforderung, wie heutzutage internationale und intergesellschaftliche gemeinschaftliche Politik mit dem Ziel „Entwicklung“ möglich sein können.

Greifen wir auf eine weithin anerkannte Begriffsdefinition zurück, ist „Entwicklungspolitik“ (EP) „die Summe aller Mittel und Maßnahmen [...], die von EL [Entwicklungsländern] und IL [Industrieländern] eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtsch[aftliche] und soziale Entwicklung der EL zu fördern, d.h. die Lebensbedingungen der Bev[ölkerung] in den EL zu verbessern“ (Nohlen 2000: 223-224). Bemerkenswert bei dieser Definition sind folgende Punkte: Erstens, dass die Maßnahmen über ihre Zielsetzung definiert werden („um“), also keineswegs ausgemacht ist, ob EP tatsächlich zu „Entwicklung“ führt; zweitens, dass diese von den EP betreibenden Institutionen in Form von Pressemitteilungen und Selbstbeschreibungen propagierte Zielsetzung für bare Münze genommen wird, ohne die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass andere Zielsetzungen, beispielsweise außenwirtschaftliche oder geopolitische, eine Rolle spielen könnten; drittens, dass die Akteure sehr vage („EL und IL“), die Objekte jedoch etwas klarer umrissen sind („Lebensbedingungen der Bevölkerung in EL“); viertens, dass Lebensbedingungen mit wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen gleichgesetzt werden, also beispielsweise politische, kulturelle, ethische oder ökologische Aspekte nicht an sich im Fokus stehen. Und fünftens

fällt auf, dass es lediglich um die Lebensbedingungen von Menschen in den EL geht, nicht um die von denen in den IL – es erscheint also, als bestünde zwischen diesen keine Beziehung.

Ein Bezug auf Fragen von Emanzipation ist in den gegenwärtigen Debatten um Entwicklungspolitik selten zu finden. Er wird vielmehr mit der Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts in Verbindung gebracht. Der Begriff der Emanzipation geht auf die Befreiung von versklavten Menschen zurück (latein.: ex manu capere = aus der Hand nehmen) und bezeichnet einen Akt der gesellschaftlichen oder politischen (Selbst-) Befreiung von Unterdrückung: „die Unterstellung unter Herrschaft zu be- und die Freiheit zu erkämpfen“ (Kaindl 2012: 68). Der Begriff der Emanzipation ist widersprüchlich, was die Frage von Aktivität und Passivität angeht. Ist es emanzipatorisch, wenn mich jemand aus seiner oder ihrer Hand gibt, wenn ich also befreit werde? Oder kann nur dann von Emanzipation gesprochen werden, wenn ich mich selbst – auch gegen Widerstand – von jemandem oder etwas, das mich gefangen hält, befreie? Wenn wir uns dem aktiven, selbstbestimmten Emanzipationsbegriff zuwenden, wäre eine emanzipatorische Entwicklungspolitik mithin eine Politik, die auf die Verbesserungen von Lebensbedingungen in sogenannten Entwicklungsländern abzielt und dabei zur Selbstbefreiung der Unterdrückten führt.

Die Kritik an Entwicklungspolitik hat eine lange Tradition. So wurde sie kritisiert wegen ihrer Wachstumsgläubigkeit, der Vernachlässigung von ökologischen, kulturellen oder Gender-Aspekten, ihrer geopolitischen oder außenwirtschaftlichen Instrumentalisierung oder ihrer autoritären Durchsetzung (für einen Überblick siehe Klemp 1988). Mit der durch die Post-Development-Ansätze (Esteva 1995; Sachs 1989 und 1993; Rahnema 1990) prominent gewordenen Fundamentalkritik an Entwicklungspolitik ist jedoch eine neue Qualität erreicht worden, weil es in dieser Sichtweise nicht um Misserfolge, Mängel und Defizite in der Entwicklungspolitik ging, sondern um die Infragestellung von Entwicklungspolitik an sich. Die Post-Development-Kritik wurde in letzter Zeit von Arbeiten weitergeführt, die sich stärker auf postkoloniale Theoriebildung beziehen und weiterhin auf Befreiung von Herrschaft aus sind (Cooke/Kothari 2001; Eriksson Baaz 2005; Kapoor 2008). Die Radikalkritik an Entwicklungspolitik setzt sich in besonderem Maße mit Fragen von Emanzipation auseinander. Die Frage nach den Möglichkeiten und den Perspektiven einer eman-

zipatorischen Entwicklungspolitik sollte sich daher mit dieser Kritik auseinandersetzen. Im Folgenden werden einige der wichtigsten Kritikpunkte an Entwicklungspolitik dargestellt, um darauf aufbauend die Umrisse einer emanzipatorischen Entwicklungspolitik zu skizzieren. Wir argumentieren, dass in der Fundamentalkritik an Entwicklungspolitik die Agenda einer emanzipatorischen Politik angelegt ist. Diese wird aber in den seltensten Fällen explizit gemacht. Nicht-Handeln kann angesichts eklatanter inter- und innergesellschaftlicher sozialer, ökonomischer und politischer Ungleichheit sowie fortschreitender Umweltzerstörung keine Option sein. Entsprechend plädieren wir für eine Politik, die sowohl Ungleichheit als auch die Fundamentalkritik von Entwicklungspolitik ernst nimmt.

## 2. Kritik der Entwicklungspolitik

Die in der Einleitung erwähnten traditionellen Kritikpunkte sind seit den 1970ern nach und nach von den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufgegriffen worden und haben maßgeblich zur Herausbildung neuer Konzepte und Schlagwörter beigetragen („Nachhaltigkeit“, „ownership“, „Partizipation“, „Partnerschaft“ etc.). Selbst die linke Kritik, dass erfolgreiche EZ lediglich als unzureichender Reparaturbetrieb einer kapitalistischen Weltwirtschaft anzusehen sei und eigentlich deren Strukturen verändert werden müssten, wurde unter den Schlagwörtern „Politikkohärenz“ und „globale Strukturpolitik“ aufgegriffen (Ziai 2007a; Messner 2011). An Post-Development anknüpfende Ansätze kritisieren Entwicklungspolitik jedoch auch dort, wo sie erfolgreich war, und zwar mit mannigfaltigen Argumenten, die wir im Folgenden systematisieren.

Gerade im Zusammenhang mit den United Nations Millennium Development Goals (MDGs) ist auf den Reduktionismus aufmerksam gemacht worden, den die Operationalisierung gesellschaftlicher Veränderungen in der EZ durch relativ leicht messbare ökonomische oder soziale Indikatoren impliziert (Lepenies 2014). Diese Indikatoren erfassen die soziale Wirklichkeit oft nur höchst ungenau (Ekins/Max-Neef 1992): Ein gestiegenes Einkommen kann dennoch zunehmende Verelendung bedeuten, wenn ehemals kostenlose Ressourcen (Wasser, Bildung, Gesundheit) entgeltpflichtig werden. In empirischen Studien ist zudem deutlich geworden, dass schwer messbare Elemente wie Selbstbestimmung, Würde und Gerechtigkeit für Marginalisierte eine wichtige Rolle spielen. Auch wenn eine

gewisse soziale Gleichheit vorherrscht, kann dies – wie die Erfahrung des Realsozialismus im Ostblock gezeigt hat – durchaus mit Unfreiheit und Unterdrückung einhergehen. Manfred Max-Neef (1995) hat entsprechend vorgebracht, dass objektive Kriterien bei Weitem nicht ausreichen, um über das Wohlstandsempfinden von Menschen Aussagen machen zu können. Vielmehr müsse von menschlichen Grundbedürfnissen ausgegangen werden, die zum Großteil nur über die direkte Befragung von Menschen erfasst werden könnten: Hier nennt er gesicherten Lebensunterhalt, Schutz, Zuneigung, Teilhabe, Verstehen, Muße, Gestalten, Identität und Freiheit.

In der Geschichte der Entwicklungspolitik sind alle möglichen Maßnahmen und Programme unter dem Ziel der „Entwicklung“ subsumiert worden, von Staudämmen bis zur Grundschulbildung, von Krankenhäusern bis Mikrokrediten, von transparenter Regierungsführung bis hin zur Schwangerschaftsverhütung, von partizipativer über grundbedürfnisorientierter, von nachhaltiger, lokaler bis hin zur geschlechtergerechten „Entwicklung“ – in den immer wiederkehrenden Neuauflagen des Entwicklungsversprechens haben wir alles schon gesehen. Gustavo Esteva (1985: 79) und Wolfgang Sachs (1989: d) bezeichnen „Entwicklung“ daher als „schwammiges“, „qualliges“ „Amöbenwort“. Der Begriff ist nicht auf einen eindeutigen Inhalt festzulegen, sondern kann mit einem beliebigen Inhalt verknüpft werden, solange die entsprechenden Maßnahmen als unpolitische Interventionen mit dem Ziel des Gemeinwohls dargestellt werden können. James Ferguson (1994) hat aufgezeigt, dass die institutionalisierte EZ Armut entpolitisiert, indem sie Ungleichheit in ihrem hegemonialen Bezugsrahmen nicht als Resultat gesellschaftlicher Machtverhältnisse, sondern als technisches Problem konstruiert. Unterdrückung mittels technokratischer Lösungen bekämpfen zu wollen, entspricht dabei dem Selbstbild einer unpolitischen EZ, die nur dem Ziel der „Entwicklung“ des Landes verpflichtet ist, also allen nütze. Dass dabei jedoch stets Ressourcen transferiert werden und in Kräftekonstellationen interveniert wird, bleibt ausgeklammert. So funktioniert der „Entwicklungsapparat“ als „Anti-Politik-Maschine“, die eminent politische Konflikte sowie politische Interventionen als technisch, neutral und unpolitisch darstellt (Ferguson 1994: 256). Entwicklungshilfe beruht auf der Idee, dass die Lebensweisen der „Rückständigen“ durch Projekte auf der Grundlage von Expertenwissen über progressive gesellschaftliche Veränderungen verbessert

werden müssen (Li 2007). Michael Cowen und Robert Shenton (1996) bezeichnen diese Idee als Treuhandschaft und führen sie zurück auf die sozialtechnologischen Vorstellungen der Saint-Simonisten im Gefolge der Aufklärung. Letzten Endes liegen diese Vorstellungen der Überlegenheit von Expert\*innenwissen auch der heutigen EZ zugrunde, weshalb Philipp Lepenies (2014) von „institutionalisierter Besserwisserei“ spricht. In der Praxis führen daher auch erfolgreiche Entwicklungsprojekte (d.h. solche, die tatsächlich zu einer Verbesserung von Lebensbedingungen führen) zur Etablierung von Machtverhältnissen zwischen tonangebenden Expert\*innen und den Betroffenen, die angehalten werden, ihre Praktiken zu ändern (DuBois 1991). Dies gilt ungeachtet etwaiger Bemühungen um Partizipation (Cooke/Kothari 2001), Partnerschaft in der EZ (Eriksson Baaz 2005) und „ownership“ (Bendix/Stanley 2008), v.a. weil die Struktur der EZ zwischen Helfer\*innen und Hilfsbedürftigen unterteilt und die ausgeprägte soziale Ungleichheit viele Menschen im globalen Süden dazu bringt, die Anforderungen der EZ-Institutionen zu erfüllen, um die entsprechenden Gelder zu erhalten.

Die Annahme, dass „Entwicklung“ nach westlichem Vorbild sowohl positiv wie auch unausweichlich sei, diene zur Legitimierung unzähliger Interventionen gegen den Willen der Betroffenen, die z.T. äußerst negative soziale und ökologische Auswirkungen für die „Zielgruppen“ hatten (Seabrook 1993; Alvares 1992). Kritiker\*innen verweisen auf die Zerstörung von Lebensräumen, funktionierenden Subsistenzwirtschaften, Solidarstrukturen, sozialem Zusammenhalt, kulturellen Traditionen und lokalem Wissen als Konsequenz der Ausbreitung und Durchsetzung des westlichen Gesellschaftsmodells (Mies/Shiva 1993; Norberg-Hodge 2009) und darauf, dass allein als Konsequenz von Staudammprojekten geschätzte 50 Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verloren haben und zu Flüchtlingen wurden. Der ehemalige sudanesischer Vizepräsident artikulierte die der „Entwicklungspolitik“ inhärente Gewalt deutlich und mit der entsprechenden Metaphorik in seiner Reaktion auf den Widerstand von Dinka und Nuer gegen das ihre Lebensweise bedrohende Jonglei-Kanalprojekt: „Wenn nötig, werden wir sie mit dem Stock ins Paradies treiben“ (zit. in Tucker 1999: 11; ÜdA).

Die angesichts der normativen Komponente der gängigen Definition von „Entwicklung“ naheliegende Frage, wer denn eigentlich definiert, was genau eine Verbesserung von Lebensbedingungen ist, führt zu

der unweigerlichen Orientierung an den global tonangebenden, sich selbst als „entwickelt“ verstehenden Industriegesellschaften bzw. Finanz- und „Wissensgesellschaften“ des Nordens. In dem in der Zeit der Aufklärung und damit in der Hochphase europäischen Kolonialismus entstandenen Konzept von „Entwicklung“ – verstanden als Fortschritt bzw. Höherentwicklung – spielte insbesondere die Annahme eine Rolle, nach der „wahre“ Menschlichkeit erst durch die Unterwerfung und Kontrolle von Natur und Menschen möglich sei (Farr 2005). Als Kennzeichen von Menschlichkeit wurde eine in Europa verortete „Rationalität“ gesehen, sodass Weiße sich als „Träger des Geistes“ in der Pflicht sahen, „den Rest der Welt zu humanisieren“ (Farr 2005: 49). Diesen Vorstellungen entsprang die Annahme der „Bürde des weißen Mannes“: dass Weiße die Aufgabe hätten, andere Menschen und Gesellschaften zu „verbessern“. Die Zweiteilung der Welt in „entwickelte“ und „weniger entwickelte“ Länder in der EZ wurde also aus dem Kolonialismus übernommen, die „Entwicklung der Unterentwickelten“ knüpfte direkt an die „Zivilisierung der Unzivilisierten“ an (Bendix 2011). Auf der Grundlage der Einordnung des Eigenen als ideale Norm werden dabei die Anderen als defizitäre Abweichung identifiziert und als eine historische Vorstufe dieser Norm klassifiziert (Ziai 2004). In diesem kolonialen Blick (Melber 1992) stehen die Überlegenheit des Eigenen und die Rückständigkeit des Anderen von Anfang an fest (Esteva 1992; Kapoor 2008).<sup>1</sup> D.h. andere Gesellschaften werden in dieser universalistischen Sichtweise nicht als gleichwertige Möglichkeiten der Organisation menschlichen Zusammenlebens gesehen, es gibt nicht verschiedene „Entwicklungswege“, sondern nur einen einzigen, weshalb Differenz nur als Rückständigkeit interpretiert werden kann.<sup>2</sup> Diese Weltsicht „drückt Anderssein im Namen von Gleichsein aus, reduziert das Andere auf das bereits Bekannte, und wird damit der Aufgabe nicht gerecht, anderen Welten Sinn beizumessen“ (Mudimbe 1988: 72-73; ÜdA). Vielfalt und der Eigenwert von spezifischen gesellschaftlichen Phänomenen können nicht wahrgenommen werden. In dieser Perspektive könnte man „emanzipatorische Entwicklungspolitik“ als einen Widerspruch in sich begreifen, denn der Begriff der

1 Studien haben herausgearbeitet, dass auch in der gegenwärtigen EZ koloniale Stereotype weit verbreitet sind (Eriksson Baaz 2005; Bendix 2014).

2 Hypothetisch wäre in dieser Sichtweise auch eine Interpretation von Differenz als Vorsprung denkbar.

Entwicklung und die Idee von Entwicklungspolitik an sich bedeuten schon ein Gefangensein in kolonialem Denken.

Mit dieser Zweiteilung der Welt ist eine Fokussierung auf Probleme im globalen Süden („Unterentwicklung“) verbunden, für die dem „entwickelten“ Norden eine Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird. Eine dieser eurozentrischen Problemkonstruktion (Probleme im Süden, Lösungskompetenz im Norden) entgegengesetzte Konstellation (Probleme im Norden, Lösungskompetenz im Süden) und somit ein wechselseitiges Lernen bleibt außerhalb des Bezugsrahmens. Da der analytische Fokus im klassischen Entwicklungsparadigma auf einzelne Länder bzw. Staaten gerichtet ist (methodologischer Nationalismus), bleiben internationale Verflechtungen gleichermaßen ausgeklammert (Wallerstein 1991). Da der Norden als „entwickelt“ gilt, hält die EZ aller Nachhaltigkeitsrhetorik zum Trotz an der althergebrachten Problemkonstellation fest, obwohl sich der Ressourcenverbrauch und die Konsummuster des Nordens längst als untragbar für den Planeten erwiesen haben (Spehr 1996; Wuppertal Institut 2005). Sie sind nur aufrechtzuerhalten, solange sie einer exklusiven Minderheit (mittlerweile auch im Süden) vorbehalten bleiben, weshalb von einer oligarchischen oder imperialen Lebensweise gesprochen wird (Brand/Wissen 2011). Diese vornehmlich den Menschen in IL vorbehaltene Lebensweise wird nicht als „Entwicklungsproblem“ in den Blick genommen. Auch bleiben durch den Fokus auf vermeintlich dem Süden inhärente Defizite die Aktivitäten von Organisationen und Unternehmen des Nordens, und ihre Rolle für die Probleme des Südens in der Regel unterbelichtet. Die dem Entwicklungsdiskurs inhärente Problemkonstruktion führt dann auch dazu, dass dieselben Phänomene – z.B. wirtschaftspolitische Reformen, modernisierende Infrastrukturprojekte, Bildungs- oder Naturschutzprogramme – im Süden als „Entwicklungsprojekte“ bezeichnet werden, im Norden jedoch nicht.

Schon in der Berliner Afrikakonferenz 1884/1885 und besonders zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden ökonomische Ausbeutung und „Entwicklungsauftrag“ als verzahnt miteinander diskutiert. Der erste Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamts, Bernhard Dernburg, beschrieb Kolonialismus als „Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation“, wobei diese wiederum „der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet“ sei

(1907: 60). Laut der historischen Studie von Alcalde (1987: 223) war die primäre Funktion der sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausbildenden „Entwicklungspolitik“, die ökonomischen Aktivitäten ausländischer Investor\*innen mit einer positiven Bedeutung für die Lebensverhältnisse „weniger entwickelter“ Menschen zu versehen. Und auch die vielzitierte Rede von US-Präsident Truman 1949, in der er ein groß angelegtes Programm zur „Entwicklung“ der „unterentwickelten Regionen“ ankündigte, ist vor dem Hintergrund des Kalten Krieges kaum anders zu interpretieren denn als strategisches Versprechen auf Wohlstand, das die im Prozess der Dekolonisierung begriffenen Nationen Afrikas und Asiens von einem Überlaufen ins kommunistische Lager abhalten soll. Die zur Verwirklichung des Versprechens in den kommenden Jahrzehnten entstandene Entwicklungsindustrie kann somit etwas böswillig als PR-Abteilung des globalen Kapitalismus gesehen werden. Dies leugnet nicht die für bestimmte Bevölkerungsgruppen positiven Wirkungen, die ihre Projekte durchaus auch hatten, behauptet aber, dass sie von der grundsätzlichen Infragestellung des dominanten Wirtschaftssystems abhalten und von seinen negativen Konsequenzen ablenken sollen.

Dieser Verdacht erhärtet sich, wenn die finanziellen Transfers der „Entwicklungshilfe“ in den Kontext anderer Finanzströme zwischen Nord und Süd gestellt werden: ODA-Leistungen von etwa 150 Mrd. US-Dollar jährlich stehen etwa 500 Mrd. US-Dollar an jährlichem Schuldendienst gegenüber, die vom Süden in den Norden fließen (Eurodad 2014). Zudem verlieren die die Länder des Südens „durch Steuerhinterziehung in Steueroasen aber auch durch Steuerhinterziehung vor Ort, durch Steuervermeidung im grenzüberschreitenden Handel und erzwungene, unnötige Steueranreize für multinationale Konzerne schätzungsweise jährlich 385 Milliarden US Dollar an nicht gezahlten Steuern“ (Gerhartinger/Schmidt 2014: 11).<sup>3</sup> Dies alles findet statt im Kontext eines globalen Kapitalismus, in dem täglich (!) über 50.000 Menschen an einem Mangel an Nahrung, sauberem Wasser oder Medikamenten sterben, obwohl diese Güter in ausreichendem Maße vorhanden sind (Ziegler 2012a). Allerdings sind sie als Waren an die Zahlungsfähigkeit der Bedürftigen geknüpft: Wer zu wenig Geld hat, stirbt also. EZ im Allgemeinen

<sup>3</sup> Im Gegenzug belaufen sich die Finanztransfers in den Süden durch Rücküberweisungen von Migrant\*innen auf das Zwei- bis Dreifache der offiziellen Entwicklungshilfe.

und Kampagnen wie die MDGs im Besonderen signalisieren gleichzeitig, dass die Reichen der Welt alles in ihrer Macht Stehende tun, um Armut und Hunger zu bekämpfen. Was das bedeutet, bringt Vanessa Andreotti folgendermaßen auf den Punkt: „Ich werde alles tun, um dir zu helfen, abgesehen von dem, was wirklich die historischen Konditionen unserer Beziehung verändern würde“ (2014: 103; ÜdA).

### 3. Eckpfeiler einer emanzipatorischen Entwicklungspolitik

Eine Sichtweise, die globale wie innergesellschaftliche sozioökonomische Ungleichheit und Unfreiheit als Problem versteht, aber die Post-Development-Kritik nicht ignorieren will, muss sich der Frage stellen, wie eine Politik auf der Grundlage der Reflexion und Umgehung der hier skizzierten problematischen Strukturen traditioneller Entwicklungspolitik und EZ aussehen kann. Aus den skizzierten Kritikpunkten ergeben sich einige Eckpfeiler, die wir im Folgenden ausführen, wobei wir jeweils infrage kommende Adressat\*innen und mögliche Strategien konkret benennen. Aufgrund unserer Situiertheit beziehen wir uns diesbezüglich vor allem auf Akteur\*innen und Handlungsmöglichkeiten in der BRD.

#### 3.1 Pluriversität und alternative Begriffe und Ziele

Aus der Ablehnung der Vorstellung eines einzigen Weges gesellschaftlichen Fortschritts und eines kolonialen Blicks ergibt sich zunächst einmal die Akzeptanz unterschiedlicher Arten menschlichen Zusammenlebens und unterschiedlicher Vorstellungen einer guten Gesellschaft und die Notwendigkeit, menschliches Leben als divergent zu verstehen und von der Tatsache und der Möglichkeit unterschiedlicher, nicht hierarchisierbarer gesellschaftlicher Entwicklungswege auszugehen (Kebede 2004). Entgegen missionarischer Blaupausen zur Veränderung der Welt, welche die Universalisierung einer partikularen Vorstellung und die Unterordnung anderer bedingen, kann es aus emanzipatorischer Perspektive nur um eine „Pluriversität“ (Dussel 2010: 167) bzw. in den Worten der Zapatistas eine „Welt der vielen Welten“ gehen. In diesem Zusammenhang ist zu thematisieren, dass viele Gesellschaften in den ehemals von Europa kolonisierten Gebieten aktiv daran gehindert wurden und werden, ihr Leben selbstbestimmt zu verändern. Aktuell ist dies ebenfalls

innerhalb von Europa zu beobachten, indem die herrschenden (ökonomischen und politischen) Klassen der griechischen Gesellschaft nicht zugestehen, einer Regierung auf demokratischem Weg ein spezifisches Mandat zur gesellschaftlichen Umgestaltung zu geben. Eine hier naheliegende konkrete politische Strategie wäre daher der Einsatz gegen das Austeritätsdiktat der EU bzw. insbesondere der deutschen Regierung gegen Griechenland.

Eine Politik, die auf Emanzipation abzielt, sollte sich auch von dem Amöbenbegriff „Entwicklung“ verabschieden. Der Kampf um ein besseres Leben kann genauer und deutlicher mit anderen Begriffen geführt werden. In vielem, was heute unter dem Etikett „Entwicklungspolitik“ stattfindet, geht es nicht darum, die „Unterentwickelten“ zu „entwickeln“, d.h. aus einer paternalistischen Position als defizitär konstruierte dem eigenen Idealbild anzugleichen – es geht um globale Gerechtigkeit und um Solidarität.<sup>4</sup> Letztlich ist „Entwicklung“ meist ein Bedeutungsrahmen zur Erfassung und Erklärung von globaler Ungleichheit. Aber es gibt andere: Wir können dieselben Phänomene in Begriffen wie Ausbeutung und Unterdrückung beschreiben. Und wir können aufhören, Lebensqualität mit der Summe von gekauften Waren gleichzusetzen, und uns an anderen Merkmalen einer guten Gesellschaft orientieren: Gastfreundschaft und Friedfertigkeit statt Produktivität und Effizienz, ein Leben in Würde anstatt eines mit Privilegien auf Kosten anderer und der Natur, internationale und innergesellschaftliche Solidarität statt Paternalismus. Eine solche Perspektive ermöglicht auch, den globalen Norden mit seiner innergesellschaftlichen Ungleichheit als Problem in den Blick zu nehmen und Kämpfe für ein gutes Leben als wirklich globale Auseinandersetzungen zu begreifen. Dies trägt politisch dazu bei, Gemeinsamkeiten zu erkennen und ermöglicht „eine effektive Politik transnationaler Solidarität zwischen diesen Kämpfen“ (Wilson 2012: 244).

Praktisch hieße Pluriversität, dass nationale Regierungen wie die der BRD und internationale „Geber“ Gemeinschaften, Bevölkerungsgruppen und andere Staaten darin unterstützen müssten, eigene Wege zu gehen, anstatt sie „auf Linie“ zu bringen. Universale

<sup>4</sup> Wobei hier einschränkend erwähnt werden muss, dass alternative Begriffe selbstverständlich wieder den problematischen Bedeutungsgehalt von „Entwicklung“ annehmen und Begriffe wie Solidarität auch den paternalistischen Hilfgestus evozieren können.

Entwicklungsindikatoren wie die MDGs oder Sustainable Development Goals sind für eine pluriversale Welt eher hinderlich, da Gesellschaften für sich selbst entscheiden müssten, welche Ziele sie haben und wie sie diese erreichen wollen. Allerdings könnten relationale Indikatoren, die globale und innergesellschaftliche Ungleichheit und Abhängigkeit feststellen, entwickelt werden, die einen Hinweis darauf liefern können, wie sich die Möglichkeit, selbstbestimmte gesellschaftliche Wege zu gehen, gestaltet. Denkbar einfacher ist es für staatliche und nicht-staatliche Institutionen, sich auf der rein begrifflichen Ebene vom Entwicklungskonzept zu verabschieden. Die Entwicklungsforschung könnte mit gutem Beispiel vorangehen und sich beispielsweise in global- und innergesellschaftliche Ungleichheitsforschung umbenennen, womit oftmals der Gegenstandsbereich deutlicher beschrieben wäre. Schwieriger ist es, sich der linearen, teleologischen Fortschrittsideologie zu entledigen<sup>5</sup> und – auch aufgrund von institutionellen Eigeninteressen – das globale Geschäft des Entwicklungsexpert\*innentums zu beenden.

### 3.2 Selbstbestimmung

Aus der Ablehnung der Treuhandschaft, d.h. des privilegierten Wissens der Entwicklungsexpert\*innen über die Verbesserung der Lebensweisen anderer, ergibt sich das Postulat, dass niemand außer den Betroffenen selbst über solche Verbesserungen entscheiden kann. Politisch bedingt dies eine weitreichende Dezentralisierung demokratischer Entscheidungsverfahren, die verhindert, dass die (womöglich auch demokratisch legitimierte) Zentralregierung Projekte oder Programme gegen den Willen der Betroffenen beschließt. Auf der Ebene lokaler Gemeinschaften ist jedoch aus dieser Perspektive eine gleichberechtigte Beteiligung auch der in vielen Gesellschaften üblicherweise vom Prozess der Willensbildung Ausgeschlossenen (z.B. Kinder, Inhaftierte, Frauen, Dalits, Migrant\*innen etc.) eine Grundbedingung. Hier findet die erwähnte Akzeptanz unterschiedlicher Arten des Zusammenlebens ihre Grenze, um emanzipatorisch zu bleiben. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich manche Gemeinschaften selbstbestimmt gegen demokratische oder universalistische Prinzipien entscheiden. Sofern

<sup>5</sup> Dies ist in der BRD lediglich in vereinzelt „Halbinseln gegen den Strom“ (Habermann 2008) festzustellen, wobei Konzepte bzw. Bewegungen wie Degrowth und Postwachstum immer breitere Kreise ziehen.

solche Entscheidungen konsensual und nicht gegen den Willen einer unterdrückten Minderheit stattfinden und regelmäßig zur Disposition gestellt werden, sind sie zu akzeptieren – alles andere wäre doch wieder Treuhandschaft.

Hier stellt sich allerdings die Frage, wie mit Konflikten umzugehen ist, die allgegenwärtig sind angesichts der Tatsache, dass es keine machtfreie Räume gibt. Aushandlungen müssten auf der Grundlage stattfinden, dass die grundsätzliche Gleichheit aller Beteiligten unhinterfragt bleibt und gleichzeitig mit dem Problem umgegangen wird, dass Menschen und Gruppen im Hinblick auf Machtverhältnisse unterschiedlich und hierarchisch positioniert sind. Es kann also nur darum gehen, möglichst herrschaftsfreie Räume für die Entscheidungsfindung im Bewusstsein ihrer Unmöglichkeit zu kreieren und Dissens als produktiv zu tolerieren. Internationale, nationale und regionale Maßnahmen zur Verbesserung von Lebensbedingungen sollten entsprechend weniger einheitliche Resultate als vielmehr „temporäre und multiple Ergebnisse“ für „pluralistische Zielgruppen“ anstreben (Kapoor 2008: 108).

Die daraus resultierenden politischen Strategien für Selbstbestimmung und gegen Treuhandschaft können vielfältige Formen annehmen, von der Bewegung für mehr lokale Autonomie bis hin zu solchen für Behinderten- oder Kinderrechte. Im Bereich der Entwicklungspolitik wäre zunächst geboten, die auf dem Papier längst akzeptierten Prinzipien von Ownership, Partizipation und Empowerment auf eine Weise umzusetzen, die sich nicht an institutionellen Notwendigkeiten der Geberorganisationen, sondern an der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung der Betroffenen orientiert. Dies muss bereits in der Phase der Problemdefinition beginnen und gleichberechtigte Teilhabe gerade bei oft von Entscheidungsprozessen ausgeschlossenen Untergruppen beinhalten, um auf die Phase der Implementierung oder die Eliten der Dorfgemeinschaft beschränkte Partizipation zu vermeiden. Ernst zu nehmende Selbstbestimmung geht natürlich über den Bereich der EZ hinaus und betrifft auch die Beeinflussung oder Unterbindung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen, was zum nächsten Punkt führt.

### 3.3 Zurückdrängung des globalen Kapitalismus und der imperialen Lebensweise

Um die Möglichkeit einer Selbstbestimmung demokratischer Gemeinschaften zu ermöglichen, muss der globale Kapitalismus zurückgedrängt und

eine Autonomie der Gemeinschaften über ihr Land und ihre Produktionsmittel wiederhergestellt werden. Anstatt die Interessen ihrer Bürger\*innen zu vertreten, fungieren Staaten jedoch allzu oft als Komplizinnen beim Land Grabbing multinationaler Unternehmen, die indigene Gemeinschaften oder Kleinbäuer\*innen auf legale oder illegale Weise von dem von ihnen genutzten Land vertreiben.

Die Dynamik des globalen Kapitalismus, welche absurde Ungleichheit erzeugt (Piketty 2014), muss gestoppt werden. Dies schließt eine spätere selbstbestimmte Entscheidung für kapitalistische Produktionsweisen und Eigentumsformen nicht aus. Eine Zurückdrängung kann auf vielfältige historische wie gegenwärtige Erfahrungen in Nord wie Süd zurückgreifen, beispielsweise genossenschaftlich organisierte und von den Belegschaften übernommene Betriebe. Im Unterschied zu einer revolutionären antikapitalistischen Strategie à la Diktatur des Proletariats scheint die von J. K. Gibson-Graham (1996, 2006) vorgeschlagene Strategie der Erhaltung und Ausweitung alternativer und nichtkapitalistischer Transaktionen, Unternehmens- und Arbeitsformen (solidarischer Handel<sup>6</sup>, solidarische Ökonomie, Tauschringe etc.) weniger herrschaftsförmig.<sup>7</sup> Emanzipatorisch wären also Maßnahmen von staatlichen Institutionen wie dem BMZ, aber auch von den unzähligen kirchlichen und säkularen NRO in Deutschland, die diese Formen fördern und damit die historisch bedingten Bedingungen von Ungleichheit tatsächlich verändern (vgl. Andreotti 2014), nicht aber solche, die die bestehenden Institutionen des globalen Kapitalismus unangetastet lassen oder reproduzieren, wie z.B. Öffentlich-Private Partnerschaften. Hier ist derzeit nicht zu beobachten, dass von letzterem Weg Abstand genommen wird. Vielmehr steht die Förderung mittelständischer und v.a. großer deutscher Unternehmen im Zentrum staatlicher Politik und spielt (nicht erst seit FDP-Minister

Niebel) auch im BMZ eine wichtige Rolle. Kritik von NRO-Seite an einer Regierungspolitik, die vor allem außen- und wirtschaftspolitischen Erwägungen folgt, wird immer wieder repressiv begegnet. Beispielhaft dafür steht der Fall der Menschenrechtsorganisation FIAN, die von der BMZ-Leitung dazu aufgefordert wurde, ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Vertreibung von Kleinbäuer\*innen in Uganda aufgrund einer Plantage der Neumann-Kaffee-Gruppe aus Hamburg zu beenden. Eine wichtige Strategie zur Zurückdrängung des globalen Kapitalismus, die in der derzeitigen weltpolitischen Konstellation vor allem von Regierungsseite in internationalen Abkommen angegangen werden müsste, wäre, die Freizügigkeit von Kapital einzuschränken, anstatt diese zu erleichtern und weitere gesellschaftliche Bereiche dem Diktat des ökonomisch Stärkeren zu unterstellen wie im transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP.

Ausgehend von einer Gleichberechtigung aller Menschen hinsichtlich der natürlichen Lebensgrundlagen des Planeten müssen Produktions- und Konsummuster, die auf einem oligarchischen, d.h. nur einer exklusiven Minderheit zugänglichen, Ressourcenverbrauch basieren, grundlegend transformiert werden (Wuppertal Institut 2005). Die „imperiale Lebensweise“ des globalen Nordens setzt „einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts“ voraus (Brand/Wissen 2011: 5). Abzulehnen sind daher Maßnahmen, die solche Muster bzw. diese Lebensweise auf die eine oder andere Weise aufrechtzuerhalten oder auszuweiten versuchen, was auf die gängigen, auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Politiken zutrifft. In Nord und Süd gibt es Anstrengungen, alternative Konzepte des Verhältnisses von Menschen untereinander und gegenüber der Natur einzubringen, was mit der gesetzlichen Verankerung von Buen Vivir in Bolivien und Ecuador auch schon formale Erfolge gezeitigt hat (Gudynas 2012). Hier wurde u.a. die BRD aufgefordert, diesen Präzedenzfall zu unterstützen: 2007 schlug der ecuadorianische Präsident Correa vor, dass seine Regierung vor dem Hintergrund von Klimawandel und ökologischer Krise darauf verzichten würde, die Ölquellen im Biosphärenreservat Yasuní im Amazonasregenwald auszubeuten, wenn sie zumindest die Hälfte der entgangenen Einnahmen von der internationalen Staatengemeinschaft erstattet bekäme. Während das BMZ unter Heidemarie Wieczorek-Zeul die Initiative begrüßte und jährlich 50 Mio. US-\$ in Aussicht

6 Solidarischer Handel kann als über den „Fairen Handel“ hinausgehend verstanden werden, insofern er Alternativen zu bestehenden Handels- und Wirtschaftsstrukturen ausprobiert. „Fairer Handel“ ist in der Praxis durch den Einstieg von transnationalen Konzernen und Discountern immer problematischer geworden und wird als „inszenierte Verteilungsgerechtigkeit“ kritisiert (Wienold 2013).

7 Möglicherweise ist eine solche Strategie ab einem gewissen Punkt angesichts der zu erwartenden Repression auch nur im Rahmen einer „Abwicklung des Nordens“, d.h. eines gezielten Abbaus von Gewalt- und Herrschaftsinstrumenten, auf unterschiedlichen Ebenen denkbar (Spehr 1996).

stellte, machte das BMZ unter Dirk Niebel die Zusage trotz eines befürwortenden Parlamentsbeschlusses rückgängig. Hier ist zu sehen, dass selbst im Kontext grundsätzlicher Wachstumsgläubigkeit Handlungsmöglichkeiten bestehen. In Bezug auf Zerstörung von Natur und extensive Ressourcennutzung sieht sich die Bundesregierung auch innergesellschaftlicher Kritik ausgesetzt<sup>8</sup> und hat aller Nachhaltigkeitsrhetorik zum Trotz noch keine Kehrtwende gemacht. Auch in der Frage von Mensch-Natur-Verhältnissen gilt es nicht nach neuen Blaupausen zu suchen, denn jede Gesellschaft muss eigene, den jeweiligen Kosmologien verbundene Antworten darauf finden, wie jegliche Form imperialer Lebensweisen unterbunden werden kann. In Deutschland ließe sich an die sogenannte ökofeministische Bewegung der 1980er Jahre anschließen, welche Wachstumsorientierung und am Individuum ausgerichtete Wirtschaftspolitik kritisierte und diese ursächlich mit Geschlechterungleichheit und der Ausbeutung von Natur in Verbindung brachte.

### 3.4 Internationale Begegnungen, transkulturelles Lernen, Interventionen

Nun heißt die Zurückweisung der kolonialen Problemkonstellation (Probleme im Süden, Problemlösungswissen im Norden) nicht, dass keine Kontakte mehr jenseits der eigenen Gesellschaft oder Gemeinschaft stattfinden sollten. Sie sollten allerdings nicht wie in der gegenwärtigen EZ in eine Struktur eingebunden sein, die Geber\*innen und Nehmer\*innen, Helfer\*innen und Hilfsbedürftige klar verschiedenen Gesellschaften zuordnet. Austausch und Lernen sind im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit vorstellbar, in der aufgrund lokaler Probleme Gemeinschaften eine Organisation um Unterstützung anfragen, weil sie Expert\*innen für Konfliktmediation oder Stressbewältigung, Akupunktur oder Chirurgie benötigen, die lokale Fachkräfte ausbildet. Eine solche Veränderung und ein solches Aufeinanderzubewegen auf der Ebene von Strukturen ist aber nur denkbar, wenn das koloniale Erbe in unser aller Köpfe angegangen wird. Mit Frantz Fanon (1952/1980) können wir davon sprechen, dass – jenseits der Dimension materieller Umverteilung – die Herrschenden sich ihres Überlegenheitskomplexes und die Unterdrückten ihres Unterlegenheitskomplexes entledigen müssen,

<sup>8</sup> Siehe beispielsweise die Initiative „Ende Gelände“ (<https://ende-gelände.org>).

um in tatsächlich gleichberechtigten Austausch treten zu können. Aus dominanter Position heraus bedeutet dies, sich auf einen Weg des Verlernens von Überlegenheit zu begeben. Hier erscheint Ilan Kapoors Interpretation von Gayatri C. Spivak wegweisend, der zufolge Kritik keine „Nabelschau-Übung ist, die westlichen Ethnozentrismus verstärkt, falls sie mit dem Ziel formuliert wird, den Weg für eine ethische Beziehung zum Anderen frei zu machen“ (Kapoor 2008: 57; ÜdA). Praktische Umsetzung müsste in allen möglichen gesellschaftlichen Teilbereichen ansetzen. Auf sprichwörtlich oberflächlicher Ebene könnte die Art und Weise, wie Probleme und Lösungsansätze in Bezug auf globale Ungleichheit durch (staatliche wie nicht-staatliche) entwicklungspolitische Spendenwerbung aufbereitet werden, grundsätzlich verändert werden – beispielsweise durch Verhaltenskodizes, die sowohl die Expertise von Aktivist\*innen im globalen Süden als auch die von People of Color und antirassistischen Initiativen in der BRD einbeziehen.<sup>9</sup> Eine systemischere Herangehensweise könnte beispielsweise auf der Ebene von frühkindlicher Sozialisation und Erziehung (Stichwort Kinderbücher) und Schulmaterialien ansetzen, um der Verbreitung von Überlegenheitsdenken in Deutschland in Bezug auf Menschen und Gesellschaften des globalen Südens entgegenzuwirken (Marmer/Sow 2015). Konkrete Veränderungen könnten die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, aber auch Schulbuchverlage angehen.

Über gleichberechtigten Austausch hinaus sind jedoch vielfältige Problemsituationen vorstellbar, die ein konkreteres Eingreifen erfordern. Die Entscheidung, ob dies der Fall ist, muss im Sinne von Selbstbefreiung der betroffenen Gemeinschaft bzw. den Betroffenen vorbehalten sein. Hier ist internationale Unterstützung sinnvoll, die allerdings nicht in Form einer technokratisch-unpolitischen, sondern einer gezielten politischen Intervention stattfinden sollte, die ökonomische, soziale und politische Konflikte klar benennt, Partei ergreift und lokale Kämpfe um Selbstbestimmung unterstützt. Hier ist auch ein breites Betätigungsfeld für aktivistische, internationalistische Organisationen denkbar – von der klassischen Unterstützung der erwähnten vertriebenen

<sup>9</sup> Siehe beispielsweise den Offenen Brief von einer Reihe von Selbstorganisationen Schwarzer Menschen in Deutschland an den Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) unter [www.mangoes-and-bullets.org/offene-brief-an-venro-von-einem-zusammenschluss-deutscher-nicht-regierungsorganisationen-in-der-entwicklungszusammenarbeit](http://www.mangoes-and-bullets.org/offene-brief-an-venro-von-einem-zusammenschluss-deutscher-nicht-regierungsorganisationen-in-der-entwicklungszusammenarbeit).

Kleinbäuer\*innen im Distrikt Mubende in Uganda, der aufständischen Zapatistas im mexikanischen Chiapas oder des kurdischen Befreiungskampfes in Rojava über die gemeinsame Organisation politischer Kämpfe im Weltsozialforum bis hin zur Arbeit mit Geflüchteten hier vor Ort oder im Rahmen einer Kooperation wie Afrique-Europe-Interact. Wichtig wäre in diesem Kontext, die Erfahrungen mit den Fallstricken der Internationalismusarbeit, insbesondere mit der Romantisierung und unkritischen Unterstützung nationalistischer und patriarchaler Bewegungen, zu reflektieren (Gruppe Demontage 1999; Kößler/Melber 2002; Gerlach et al. 2009).

### 3.5 Recht auf Migration und „Wiedergutmachung“ für den Kolonialismus

Was die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bekämpfung globaler Ungleichheit angeht, hat sich internationale Migration als recht wirkungsvolles Instrument erwiesen. So hat die Weltbank schon 2005 festgestellt, dass die Rücküberweisungen von Migrant\*innen vom Norden in den Süden weit umfangreicher sind als die im Rahmen der Entwicklungshilfe geleisteten Zahlungen (World Bank 2005).<sup>10</sup> Angesichts der Zufälligkeit der Geburt (Villa im Tessin vs. Slum in Mumbai) – und auch angesichts der Tatsache, dass in den vergangenen Jahrhunderten unzählige Migrant\*innen aus Europa als Siedler\*innen oder Flüchtlinge die Welt bevölkert haben – ist die Anerkennung eines globalen Rechts auf Bewegungsfreiheit ein Gebot der Gerechtigkeit. Im Kontext der Europäischen Union hat man mit Bewegungsfreiheit von Menschen erste Erfahrungen gesammelt, welche auch global angewendet werden könnten. Dies würde nicht nur bedeutend weniger Leid für Migrierende bedeuten, sondern auch ermöglichen, die Militarisierung von Grenzen (und die teils menschenverachtende Ausnutzung der misslichen Lage von Flüchtenden) zurückzufahren und – im Sinne von „Fähren statt Frontex“ – Gelder für die Sicherheit von Migrierenden zu verwenden. Auf lokaler Ebene gibt es bereits zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, die Illegalisierte dabei unterstützen, dort zu leben, wo sie es vorziehen zu tun.

In Bezug auf den Umgang mit der Kolonialgeschichte ist neben dem Recht auf globale Bewegungs-

freiheit auch die Frage von materieller und symbolischer Wiedergutmachung anzugehen. Deren Grundlage hat Frantz Fanon (1961/1981) bereits in seinem Werk „Die Verdammten dieser Erde“ wortgewaltig und mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines Erinnerens der kolonialen Verbrechen formuliert:

*Dieser europäische Überfluß ist buchstäblich skandalös, denn er ist auf dem Rücken der Sklaven errichtet worden, er hat sich vom Blut der Sklaven ernährt, er stammt in direkter Linie vom Boden und aus der Erde dieser unterentwickelten Welt. Der Wohlstand und der Fortschritt Europas sind mit dem Schweiß und den Leichen der [Kolonisierten, Ersetzung der Autoren] errichtet worden. Das haben wir beschlossen nicht mehr zu vergessen. (1981: 79)*

Symbolische Wiedergutmachung ist notwendig, um der Verdrängung der kolonialen Geschichte im Norden zu begegnen. Dabei kann es beispielsweise darum gehen, Mahnmale für die Opfer kolonialer Gewalt zu errichten, geraubte Schädel, Gebeine und Kulturgüter zurückzuerstatten und den umfassenden Einfluss des Kolonialismus auf unsere Gegenwart im Schul- und Universitätscurriculum zu verankern. Hier sind Initiativen zu nennen wie das vor allem in Berlin aktive Bündnis „No Humboldt 21!“, aber auch Versuche, rassistisch- und kolonialismuskritische Bildung zu „mainstreamen“ (Autor\*innenkollektiv Rassismuskritischer Leitfaden 2015). (Gesellschafts-)Psychologisch geht es nach Fanon (1961/1981) um eine doppelte Bewusstwerdung: der (ehemals) Kolonisierten, dass ihnen Reparationen zustehen und der (ehemals) Kolonisierenden, dass sie den Kolonisierten etwas schuldig sind.

Obwohl die weißen Nationen nach ihren Welt- und anderen Kriegen die Pflicht des Aggressors zur finanziellen Kompensation der durch ihn verursachten Schäden anerkannt haben und regelmäßig Reparationszahlungen geleistet haben, sind sie bisher trotz einer über 500-jährigen Geschichte der Eroberung, Unterwerfung und Ausbeutung der (ehemaligen) Kolonien nicht auf die Idee gekommen, entsprechende Reparationen für den Kolonialismus zu leisten. Eine Kompensation der Aneignung von Ressourcen, der Zwangsarbeit und der Zerstörung, die in der 500-jährigen europäischen Geschichte des Kolonialismus stattgefunden haben, würde enorme Summen erfordern.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Allerdings ist der Hype um Migration als neuer „Entwicklungsmotor“ durchaus auch kritisch zu sehen (Ziai 2007).

<sup>11</sup> 1999 errechnete die African World Reparations and Repatriation Truth Commission eine Forderung von 777.000.000.000.000 US-\$. Siehe auch [www.colonialismreparation.org](http://www.colonialismreparation.org).

Zwar wurde Entwicklungshilfe vor allem von Seiten der „Geber\*innen“ bisweilen als eine solche Kompensation interpretiert, aber zum einen war sie in vielen Fällen nicht am Wohl der Menschen im Süden orientiert (die Stichworte Lieferbindung und „odious debts“ sollten an dieser Stelle genügen), und zum anderen macht es einen Unterschied, ob Finanztransfers als Geste des Mitleids oder als Wiedergutmachung für begangene Verbrechen erfolgen. Langjährige Lobbyarbeit (in den ehemals kolonisierten Gebieten sowie in den ehemaligen Kolonialmächten), aber auch anwaltlicher Beistand scheinen Strategien zu sein, die die Frage der Entschuldigung und Reparationen für koloniales Unrecht angehen können. Dies hat sich erst vor Kurzem im Fall der Anerkennung des Genozids an OvaHerero und Nama durch die deutschen Besatzungstruppen im damaligen „Deutsch-Südwest-Afrika“ gezeigt, wobei weiterhin offen ist, inwiefern die betroffenen Gesellschaften auch tatsächlich Reparationen erhalten werden und inwiefern das Thema von der Entwicklungshilfe-Industrie entkoppelt wird.

#### 4. Fazit

Diese hier erarbeitete Auflistung stellt keinen abzuarbeitenden Kriterienkatalog dar, sondern Eckpfeiler, die aus unserer Sicht eine Politik, die global auf Selbstbestimmung abzielt, ermöglichen, voranbringen oder unterstützen könnten. Natürlich gibt es über die erwähnten Punkte hinaus vielfältige konkrete Interventionsmöglichkeiten und -erfordernisse, unser Ziel ist es, einen Rahmen vorzuschlagen für internationalistische Politik jenseits des gängigen Rahmens der „Entwicklung“ und „Entwicklungspolitik“. Im Übrigen wollen wir politischen Maßnahmen oder Projekten, die die obigen Punkte außer Acht lassen, keinesfalls die Berechtigung absprechen. Pragmatisch Hilfe zum Überleben zu leisten, kann je nach Situation durchaus politisch und moralisch richtig oder sogar zwingend sein – das Urteil darüber wollen wir uns nicht anmaßen. Das macht diese Hilfe jedoch nicht emanzipatorisch. Von emanzipatorischer Politik können wir erst dann sprechen, wenn es um eine Kritik an „asymmetrischer Globalisierung, ungleichen Machtverhältnissen, und Eliten aus Nord und Süd, die ihre eigenen Annahmen als universell aufzwingen“ (Andreotti 2006: 6; ÜdA) geht, um den Abbau epistemologischer wie politökonomischer Ungleichheiten.

#### Literatur

- Alcalde, J. G. (1987): *The Idea of Third World Development. Emerging Perspectives in the United States and Britain, 1900-1950*. Lanham: University Press of America.
- Alvares, C. (1992): *Science, Development and Violence. The Revolt against Modernity*. Delhi: Oxford University Press.
- Andreotti, V. (2006): The Contributions of Postcolonial Theory to Development Education. *Development Education Journal*, 12 (3), 7-10.
- Andreotti, V. (2014): Book Review: An Aesthetic Education in the Era of Globalization, Gayatri C. Spivak. *Other Education – The Journal of Educational Alternatives*, 3 (2), 102-107.
- Autor\*innenkollektiv Rassismuskritischer Leitfaden (2015): *Rassismuskritischer Leitfaden zur Reflexion bestehender und Erstellung neuer didaktischer Lehr- und Lernmaterialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zu Schwarzsein, Afrika und afrikanischer Diaspora*, hrsg. von Projekt Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel (LEO) beim Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirksamtes Mitte von Berlin und Elina Marmer. Online: <http://www.elina-marmer.com/de/rassismuskritischer-leitfaden> [14.07. 2015]
- Bendix, D./Stanley, R. (2008): Local Ownership of Security Sector Reform. A Review of the Literature. *African Security Review* (2), 93-104.
- Bendix, D. (2011): Entwicklung / entwickeln / Entwicklungshilfe / Entwicklungspolitik / Entwicklungsland. In: Arndt, S./Ofuatey-Alazard, N. (Hg.) *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissenschaftsarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: Unrast, 272-278.
- Bendix, D. (2014): Resistance or damp squibs? Challenges to colonial power in contemporary German development interventions in the area of reproductive health in Tanzania. *JEP – Journal für Entwicklungspolitik* 29 (1), 30-45.
- Brand, U./Wissen, M. (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, A./Dück, J./Becker, F./Bader, P. (Hg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA Verlag, 78-93.
- Cooke, B./Kothari, U. (Hg.) (2001): *Participation: The New Tyranny?* London – New York: Zed Books.
- Cowen, M./Shenton, R. (1996): *Doctrines of Development*. London: Routledge.
- DuBois, M. (1991): The Governance of the Third World: a Foucauldian Perspective on Power Relations in Development. *Alternatives* 16, 1-30.
- Dussel, E. (2010): *Der Gegendiskurs der Moderne – Kölner Vorlesungen*. Wien – Berlin: Turia + Kant.
- Ekins, P./Max-Neef, M. 1992: *Real-Life Economics. Understanding Wealth Creation*. London: Routledge.
- Eriksson Baaz, M. (2005): *The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Development Politics*. London – New York: Zed Books.

- Esteva, G. (1995): *FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*, 2. A. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Esteva, G. (1992): Development. In: Sachs, W. (Hg.): *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. London – New Jersey: Zed Books, 6-25.
- Fanon, F. (1952/1980): *Schwarze Haut, weiße Masken*. Frankfurt/M.: Syndikat.
- Fanon, F. (1961/1981): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Farr, A. (2005): Wie Weißsein sichtbar wird. Aufklärungsrassismus und die Struktur eines rassifizierten Bewusstseins. In: Eggers, M. M./Kilomba, G./Piesche, P./Arndt, S. (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast, 40-55.
- Ferguson, J. (1994): *The Anti-Politics Machine. „Development“, Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gerhartinger, P./Schmidt, M. (2014): *Internationale Strategien gegen unternehmerische Steuervermeidungspraktiken aus der Perspektive des Globalen Südens*. Paper, präsentiert im Rahmen von Momentum 14: Emanzipation, Track 1: Eckpfeiler einer emanzipatorischen Entwicklungspolitik. Online: [http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER\\_Gerhartinger-Philip-Schmidt-Michaela\\_Internationale-Strategien-gegen-Steuervermeidung.pdf](http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Gerhartinger-Philip-Schmidt-Michaela_Internationale-Strategien-gegen-Steuervermeidung.pdf) [15.12.2014]
- Gerlach, O./Hahn, M./Kumitz, D./Nowak, A. (Hg.) (2009): *Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika*. Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 58. Berlin: Karl Dietz.
- Gruppe Demontage (1999): *Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung*. Münster: Unrast.
- Gudynas, E. (2012): *Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Habermann, F. (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein: Ulrike Helmer Verlag.
- Kaindl, C. (2012): Emanzipation. In: Brand, U./Lösch, B./Op-ratko, B./Thimmel, S. (Hg.): *ABC der Alternativen 2.0*. Hamburg: VSA Verlag, 68-69.
- Kapoor, I. (2008): *The Postcolonial Politics of Development*. Oxon: Routledge.
- Kebede, M. (2004). African Development and the Primacy of Mental Decolonization. *African Development* 19 (1), 107-129.
- Klemp, L. (1988): *Entwicklungshilfekritik. Analyse und Dokumentation*. Bonn: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung.
- Köbler, R./Melber, H. (2002): *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Lepenies, P. (2014): „La rage de vouloir conclure“: Wissensvermittlung als Entwicklungsengpass oder warum Experten so arbeiten, wie sie es tun. In: Ziai, A. (Hg.): *Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*. Baden-Baden: Nomos, 213-234.
- Li, T. (2007): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*. Durham: Duke University Press.
- Marmer, E./Sow, P. (Hg.) (2015): *Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit „Afrika“-Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule – Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Max-Neef, M. (1995): Paradoxien des Wachstums und der Globalisierung. In: Deutscher, E./Jahn, T./Moltmann, B. (Hg.): *Entwicklungsmodelle und Weltbilder*. Frankfurt/M.: Societäts-Verlag, 105-111.
- Messner, D. (2011): Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik. In: Jäger, T./Höse, A./ Oppermann, K. (Hg.): *Deutsche Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 414-442.
- Messner, D. (2015): Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Online: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/deutsches-institut-fuer-entwicklungspolitik--zusammenarbeit-auf-augenhoehe-,1472780,29705614.html> [05.02.2015]
- Mies, M./Shiva, V. (1993): *Ecofeminism*. London: Zed Books.
- Mudimbe, V. Y. (1988): *The Invention of Africa. Gnosis, Philosophy, and the Order of Knowledge*. Bloomington: Indiana University Press.
- Nohlen, D. 2000: *Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*. Reinbek: Rowohlt.
- Norberg-Hodge, H. (2009): *Ancient Futures. Lessons from Ladakh for a Globalizing World*. San Francisco: Sierra Club Books.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Rahnema, M./Bawtree, V. (Hg.) (1997): *The Post-Development Reader*. London: Zed Books.
- Redaktion alaska (1998): 150° West 60° Nord. Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus. *alaska* (223), 8-14.
- Rist, G. (1997): *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*. London: Zed Books.
- Sachs, W. (1989): Zur Archäologie der Entwicklungsidee. *epd-Entwicklungspolitik* (1), a-i.
- Sachs, W. (Hg.) (1993): *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*. Reinbek: Rowohlt.
- Seabrook, J. (1993): *Victims of Development. Resistance and Alternatives*. London: Verso.
- Spehr, C. (1996): *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*. Wien: Promedia.
- Tucker, V. (1999) The Myth of Development. A Critique of a Eurocentric Discourse. In: Ronaldo Munck/Denis O’Hearn (Hg.): *Critical Development Theory. Contributions to a New Paradigm*. London: Zed Books, 1-26.
- Wallerstein, I. (1991): *Unthinking Social Science. The Limits of Nineteenth-Century Paradigms*. Cambridge: Polity Press.
- Wienold, H. (2013): Inszenierte Verteilungsgerechtigkeit. Zur politischen Ökonomie von Fair Trade. *iz3w* (338).

Online: [https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/338\\_fairtrade/wienold](https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/338_fairtrade/wienold) [12.02.2015]

Wuppertal Institut (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit*. München: C.H. Beck.

Ziai, A. (2004): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

Ziai, A. (2007a): *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ziai, A. (2007b): Migration als Chance für den Süden? *Welt-Trends* (57), 104-110.

Ziegler, J. (2012a): *Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt*. München: Bertelsmann.

Ziegler, J. (2012b): Wir lassen sie verhungern. Online: <https://www.bpb.de/dialog/145727/wir-lassen-sie-verhungern-interview-mit-jean-ziegler> [05.02.2015]